

Bericht^{*}

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Dr. Dagmar Enkelmann, Michael Leutert, Ulla Lötzer, Ulrich Maurer, Dr. Herbert Schui und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 16/11746 –

Mit mehr Gerechtigkeit die Krise überwinden

elektronische Vorab-Fassung*

* Die Beschlussempfehlung ist gesondert auf Drucksache 16/11895 verteilt worden.

Bericht der Abgeordneten Olav Gutting und Gabriele Frechen

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/11746) in seiner 203. Sitzung dem Finanzausschuss federführend überwiesen. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung und dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Der Finanzausschuss hat den Antrag in der 117. Sitzung am 11. Februar 2009 abschließend beraten.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird ausgeführt, das Konjunkturprogramm II reiche nicht aus zur wirksamen Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Das Programm und die von der Bundesregierung bzw. von CDU/CSU und SPD vorgelegten Maßnahmen – „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“, BT-Drs. 16/11740 – sehe in zu geringem Umfang öffentliche Investitionen vor und leiste keinen wirkungsvollen Beitrag zu Belebung der Binnennachfrage. Zudem lasse das Programm soziale Gerechtigkeit vermissen und begünstige hinsichtlich der vorgesehenen steuerrechtlichen Veränderungen hohe Einkommen. Bemühungen der Bundesregierung in Richtung einer europäisch abgestimmten Konjunkturpolitik fehlten. Die Antragsteller verlangen, ab 2009 ein jährliches Programm von mindestens 50 Mrd. Euro für Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen, Energiewende und Infrastruktur sowie zur Stärkung der Binnennachfrage aufzulegen. Hierbei seien Subventionen aus öffentlichen Mitteln nur gegen staatliche Beteiligungen zu bewilligen und mit dem sozial-ökologischen Umbau der Industrie zu verknüpfen. Zur Finanzierung staatlicher Hilfsprogramme sei eine Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent auf Privatvermögen von über einer Million Euro einzuführen. Darüber hinaus seien Banken zu vergesellschaften, Finanzgeschäfte einer stärkeren Regulierung zu unterziehen, die Bildung genossenschaftlichen Eigentums zu unterstützen, Verhandlungen über ein neues Weltwährungssystem aufzunehmen, Spekulationsgeschäfte zu unterbinden, Steueroa-

sen zu schließen und strikte Regeln für den internationalen Kapitalverkehr zu erlassen, wie insgesamt für eine demokratische Neuordnung der Weltwirtschaft unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards aller Länder einzutreten sei. Ferner sei die Mitbestimmung, insbesondere bei staatlich subventionierten Unternehmen, zu stärken und Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stoppen bzw. rückgängig zu machen. Steuern auf hohe Einkommen seien zu erhöhen, untere Einkommen sowie Bezüge der Rentner und Empfänger von ALG II seien anzuheben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag am 11. Februar 2009 in seiner 86. Sitzung beraten. Er empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den Antrag am 11. Februar 2009 in seiner 116. Sitzung beraten. Er empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag am 11. Februar 2009 in seiner 81. Sitzung beraten. Er empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag am 11. Februar 2009 in seiner 93. Sitzung beraten. Er empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss hat auf eine ausführliche Debatte des Antrags verzichtet. Aus den Koalitionsfraktionen wurde darauf verwiesen, dass viele der mit dem Ant-

rag vorgeschlagenen Maßnahmen als historisch gescheitert und somit als überholt anzusehen seien.

Die Fraktion DIE LINKE. hat im Rahmen der Vorstellung des Antrags im Ausschuss noch einmal pointiert kritisiert, die Bundesregierung lasse keinerlei Bemühungen für ein gemeinschaftliches EU-weites Konjunkturprogramm erkennen. Die mit dem Antrag geforderte Vergesellschaftung von privaten Banken diene vor allem dazu, die Geschäftspolitik der Banken

wieder ihrer ureigenen Aufgabe, nämlich der Kreditversorgung von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern, zuzuführen. Im Übrigen seien dringend Maßnahmen gegen die weltweite, unregulierte Währungsspekulation zu ergreifen. Auch Gegenfinanzierungsvorschläge seien in dem Antrag enthalten, so z. B. die Anhebung der Besteuerung hoher Einkommen und Gewinne.

Berlin, den 11. Februar 2009

Der Finanzausschuss

Olav Gutting
Berichtersteller

Gabriele Frechen
Berichterstellerin

elektronische Vorab-Fassung*